



24. bis 27. März 2015: Erfahrungsbericht einer Rundreise mit griechischen Aktivist_innen

Im Rahmen des seit nunmehr dreijährigen Austausches hatten wir zwölf griechische Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Gewerkschaften, Selbsthilfeinitiativen und Genossenschaften nach Deutschland eingeladen. Auf zahlreichen Veranstaltungen in verschiedenen Städten informierten sie uns über ihre Projekte, über die Arbeit der Gewerkschaften und über die aktuelle politische Situation in Griechenland nach den Wahlen. Diese Broschüre soll an drei Beispielen einen kleinen Einblick über die Rundreise verschaffen.

Einleiten wollen wir die kleine Broschüre mit einem Vortrag von Karl-Heinz Roth „Zur aktuellen Lage in Griechenland“. Er hielt das Referat auf einer Feier zum 80ten Geburtstag von Rolf Becker. Rolf ist seit drei Jahren Mitglied der Solidaritätsreisegruppe. Er hat mit seinem Einsatz, mit seinen politischen und kulturellen Beiträgen viel zum Gelingen des gegenseitigen Austausches beigetragen.

Die Rede von Wolfgang Räschke, dem ersten Bevollmächtigten der IG Metall Salzgitter-Peine, gehalten auf der Betriebsversammlung des VW-Motorenwerkes vor 3.000 Kolleginnen und Kollegen, wird am Schluss dokumentiert. Nur wenn die Idee der internationalen Solidarität die Basis der Gewerkschaften, die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben erfasst, werden wir die Spardiktate stoppen können für ein Europa im Interesse der arbeitenden Menschen.



Preis: Gegen Spende, die Überschüsse gehen an die Selbsthilfeinitiativen in Griechenland.

Karl Heinz Roth:

Die aktuelle Lage in Griechenland

Lieber Rolf, liebe Freundinnen und Freunde,

vor knapp drei Monaten ist die Koalition der radikalen Linken – Syriza – in die griechische Regierung gewählt worden. Mit dieser Nachricht ging ein Ruck durch Europa. Es begann ein neuer Aufbruch: Die neue Regierung proklamierte drei entscheidende Eckpunkte: Einen Schuldenschnitt, das Ende der Sparpolitik und ein Stimulierungsprogramm zur Abwendung der sozialen und wirtschaftlichen Katastrophe.

Sie stieß jedoch sofort auf die unerbittliche Härte der Akteure in den deutschen und europäischen Entscheidungszentren, die die Zahlung einer seit Monaten ausstehenden Darlehenstranche von weiteren Rentenkürzungen, Lohnsenkungen, Steuererhöhungen und Privatisierungen abhängig machten. Und als die neue Regierung nicht nachgab, drehten sie ihr nach und nach den Geldhahn zu.

Damit sind die Alternativkonzepte der Regierung blockiert. Sie konnte gerade einmal beginnen, den Kampf gegen die bitterste Armut aufzunehmen, 300.000 von der Obdachlosigkeit bedrohte Familien mit dem Allernötigsten zu versorgen und den Mindestlohn in einer ersten Etappe anzuheben. Mehr war auf der materiellen Ebene bis jetzt nicht möglich, aber der Wille zum Aufbruch und zum Neuanfang ist ungebrochen. Es ist blanker Zynismus, wenn die Troika und die hinter ihr stehenden Machtgruppen in dieser Situation fordern, die Ausplünderung der Unterklassen und Mittelschichten zugunsten des Schuldendienstes der Gläubiger fortzusetzen.

Dieser Zynismus hat einen klaren politischen Hintergrund. In Griechenland hat sich erstmalig eine Alternative zur europäischen Sparpolitik und zur wirtschaftspolitischen Strategie der deutschen Vormacht – Lohnsenkung und Exportdumping – durchgesetzt. Diese Alternative soll zerstört werden, bevor sie sich in ganz Europa ausbreitet und einen Kurswechsel erzwingt.

Die Härte des Vorgehens hat aber auch etwas Erschreckendes, das sich nicht so ohne weiteres erklären lässt. Was geht in den deutschen und europäischen Entscheidungszentren vor sich? Die Konfrontation hat historische Dimensionen – vor allem bei den tonangebenden deutschen Herrschaftseliten. Bei ihnen werden dramatische Kontinuitätslinien sichtbar, und nur von daher ist die ihnen eigene Mischung aus Arroganz, Verachtung, Skrupellosigkeit und Minderwertigkeitskomplexen erklärbar:

- Zwei Jahre nach ihrem Überfall vom April 1941 hatten die Deutschen die Kontrolle über Griechenland verloren, sie beherrschten nur noch die wichtigsten Großstädte und die strategischen Verkehrslinien. Griechenland befand sich in der Hand einer breiten linken Befreiungsbewegung. Das kam für die Deutschen völlig unerwartet, und sie reagierten darauf mit einer blindwütigen Politik der Massaker, der Plünderungen und der Vernichtung der Infrastruktur.
- Die Deutschen legten aber auch die Lunte zum Bürgerkrieg, indem sie insgeheim mit der royalistischen Minderheit einen Waffenstillstand schlossen und die Kollaborateure zu den blutigsten Massakern hinzuzogen. Dabei spielten sie den Briten und später den Amerikanern in die Hände. Dem „kleinen“ Kriegsgegner und dem „kleinen Alliierten“ musste das Recht auf demokratische Selbstbestimmung – zudem unter linken Vorzeichen – unter allen Umständen verwehrt werden.



karl heinz roth
griechenland
am abgrund
die deutsche
reparationsschuld

eine flugschrift

96 Seiten | 2015 | EUR 9.00
ISBN 978-3-89965-664-0

- Wer heute die Griechenland-Akten der deutschen Nachkriegselite studiert, stößt immer wieder auf diese historischen Hypotheken. Ausgerechnet Griechenland – dem wichtigsten südosteuropäischen NATO-Partner – gegenüber verhielten sie sich besonders abweisend, wenn es um Fragen der Reparationen und der individuellen Kriegsentschädigungen ging. Die Eiseskälte, mit der die Initiativen der griechischen Diplomatie, der Angehörigen der Massakeropfer, aber auch des jüdischen Zentralrats von Griechenland und der jüdischen Gemeinde von Thessaloniki abgefertigt wurden, ist beschämend.

Diese Hypotheken sollten wir immer mit bedenken, wenn wir uns die Frage stellen, wie es nun weitergehen wird. Wir alle wissen: Der griechische Staatsbankrott ist zu einer Option der deutschen und europäischen Machtelite geworden: Die griechische Regierung soll sich uneingeschränkt unterwerfen, oder sie soll – wenn sie dies nicht tut – an ihrer Zahlungsunfähigkeit scheitern. Dass dabei der dritte linksdemokratische Anlauf zur Überwindung des autoritären Klientelismus – nach der Befreiungsbewegung im zweiten Weltkrieg und der EDA-Initiative der 1960er Jahre – zerstört wird, ist den deutschen und europäischen Entscheidungszentren nur recht.

Gegen diese drohende Perspektive müssen wir ankämpfen. Der griechische Aufbruch hat nur dann eine Chance, wenn er von europaweit agierenden Netzwerken unterstützt, mitgetragen und verbreitert wird. An diesem Ansatz arbeitest Du, lieber Rolf, zusammen mit Deinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern seit einigen Jahren mit. Dabei weißt Du – und wissen wir –, dass wir als Deutsche eine besondere Verantwortung tragen. Verglichen mit den Potenzialen an Macht und Demagogie, über die die deutschen Eliten verfügen, sind wir fast ohnmächtig. Aber wir sind es nur fast. Wer weiß, wann, wie und wo der Funke in den nächsten Wochen und Monaten zünden wird?

In diesem Sinn sprechen heute die großen Exponenten der griechischen Alternativkultur zu uns – der unbeugsame Jannis Ritsos, Nikos Kazantzakis und andere. Sie alle haben es verstanden, auch in scheinbar aussichtslosen Situationen zu leben und zu kämpfen – sie konnten kämpfen, weil sie immer auch das Leben genossen.

Lieber Rolf, es ist kein Zufall, dass sich diese Feier in so Vielem an den Vermächtnissen der neugriechischen Kultur orientiert. Diese Traditionslinie drückt einen wesentlichen Teil Deiner Identität aus. Wir danken Dir dafür, dass wir das von Dir lernen durften: Voll im Leben zu stehen und uns nicht von den möglichen Niederlagen in die Passivität abdrängen zu lassen.



Rede von Rolf Becker im September 2012 in der Gedenkstätte in Kesariani, dem Hinrichtungsplatz der Wehrmacht in Athen

Besuch der Verkehrsbetriebe, Veranstaltung in den ver.di-Höfen und Streikkundgebung in Hannover



Hannover sollte die erste Station unsere Reisegruppe werden. Mit Vasiliki Gkova von den Putzfrauen und Dimitri Tzamouranis von der Gewerkschaft der Techniker und Ingenieure aus Athen trat ich am 24. März die Bahnfahrt an – mit einer gewissen inneren Anspannung. Ich wusste nicht, was uns in Hannover und Göttingen konkret erwarten würde. Die Kolleginnen und Kollegen, die dort die Organisation übernommen hatten, kannte ich nur aus der Korrespondenz per Email oder kurzen Telefonaten. Um es vorwegzunehmen, meine Erwartungen wurden weit übertroffen. Am Hauptbahnhof in Hannover warteten bereits Jan von ver.di und Gregor Kritidis. Nach der Gepäckabgabe im Hotel ging's zum Mittagessen in die Kantine der Uestra, den Verkehrsbetrieben in Hannover. Dort wurden wir von Mitgliedern und der Vorsitzenden des Betriebsrates empfangen. Dem sollte sich ein Besuch im Straßenbahndepot anschließen.

In einem längeren Gespräch mit Betriebsräten informierte Dimitri über die soziale Lage in Griechenland und deren Auswirkungen auf die Arbeit der Gewerkschaften. Vasiliki berichtete über den Kampf der Putzfrauen und ergänzte Dimitris Bericht. Von ihren drei Brüdern wären zwei arbeitslos und erhielten keinerlei staatliche Unterstützung mehr. Zusammen mit Frau und Kindern seien sie wieder zu ihrer Mutter gezogen, wo sie gemeinsam mit deren spärlicher Rente (600 Euro im Monat) über die Runden kommen müssten. Erstaunen und Sprachlosigkeit bei den Betriebsräten – so schlimm hatten sie sich die Verhältnisse in Griechenland nicht vorgestellt. Ihre spontane Reaktion: Sie wollen in der nächsten Ausgabe der ver.di-Betriebszeitung einen Bericht über den Besuch schreiben und ihn uns zukommen lassen. Zum Abschluss des Besuches bei der Uestra machten wir noch einen kurzen Rundgang durch die Reparatur- und Instandhaltungswerkstatt der Straßenbahn.

Die Abendveranstaltung in den ver.di-Höfen war mit 80 Teilnehmer_innen gut besucht. Vier Kurzreferate führten zu etlichen Nachfragen und zu einer kurzen, engagierten Diskussion.



Andreas Hesse:

„Mit der gleichen Gewalt, wie bisher Sozialsysteme, Löhne und Arbeitsrechte niedergewalzt wurden, versucht unser Finanzminister die neue Regierung niederzuwalzen.“

► Ich gehöre zu der Gruppe, die seit drei Jahren einen regelmäßigen Austausch mit griechischen Kolleginnen und Kollegen pflegt. Einmal im Jahr reisen wir nach Griechenland – wir waren dreimal dort – und laden unsere Freundinnen und Freunde zu einem Gegenbesuch ein. Dies ist der dritte Gegenbesuch. Wir kommen aus verschiedenen Städten und Gewerkschaften, beispielsweise der IG Metall, GEW und ver.di. Wir sind parteipolitisch ungebunden. Unser Ziel war es die Klassenkämpfe und den Widerstand in Griechenland zu unterstützen. Wir haben uns ein Bild von den Verhältnissen in Griechenland machen können. Darüber werden unsere Gäste selbst berichten.

Ich will nur eine kurze Vorbemerkung machen: Nachdem wir vom Ausgang der Wahlen in Griechenland erfahren haben, war uns allen klar: Dieses Wahlergebnis, dass die Menschen eine linke Alternative gewählt haben und nicht den rechten Rattenfängern hinterhergelaufen sind, haben wir den Aktivitäten der Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften, den Basisgewerkschaften, den Selbsthilfeinitiativen und Genossenschaften zu verdanken. Ihr Verdienst ist es, dass im Süden Europas die erste Alternative entsteht zur Politik des Totsparens. Zugleich haben wir auch Angst. Denn mit der gleichen Gewalt, wie bisher soziale Sicherungssysteme, Löhne und Arbeitsrechte niedergewalzt wurden, versucht beispielsweise unser Finanzminister diese neue Regierung niederzuwalzen. Es sollte das Thema unserer Diskussion sein: Was können wir gemeinsam dagegen tun? ◀

► Ich möchte zwei Aspekte kurz anreißen. Der erste ist ein Mythos, der in Deutschland sehr verbreitet ist: Die griechischen Regierungen hätten nicht das gemacht, was ihnen von der Troika vorgegeben wurde. Das Gegenteil ist zutreffend. Die Kreditverträge von 2010 sehen sehr weitreichende Rechte und Vollmachten für die Troika vor, die nur durch diese Kreditverträge, aber durch keinerlei staatsrechtliche Fundierung legitimiert ist. Sie hat in diesen Kredit- und den Folgeverträgen den griechischen Regierungen genau vorgeschrieben, was sie zu tun und zu unterlassen haben, und auch bis wann sie etwas umsetzen müssen. Also alle Maßnahmen – Kürzungen im staatlichen Budget, Steuererhöhungen, Zusammenlegung von Kommunen, Stilllegung von Bahnstrecken – sind genau vorgeschrieben worden. Was besonders dramatisch ist, betrifft das Tarif- und Arbeitsrecht; das gibt es praktisch nicht mehr, es ist weitgehend aufgehoben worden. Die Vertreter der Troika haben per Fax oder Email Anweisungen gegeben, was genau zu beschließen sei, wie beispielsweise die Aufhebung des Kündigungsschutzes. Das hat dazu geführt, dass die griechische Wirtschaft immer tiefer in die Rezession getrieben wurde. Denn es ging nicht nur um die Kürzungen im Staatshaushalt, sondern auch um die Kürzung der Löhne und Gehälter im privaten Bereich. Wenn deren Entlohnung sinkt, dann sinken auch die Einkommenssteuern, das Steueraufkommen. So geschah es auch. Das Ziel war die sogenannte innere Abwertung, die Senkung von Löhnen, Gehältern und auch von Preisen insgesamt. Dies hat dazu geführt, dass die Wirtschaft vollkommen abgewürgt wurde.

Herr Schäuble hat Ende letzten Jahres im Bundestag behauptet, mit der griechischen Wirtschaft ginge es aufwärts. Wir sähen Licht am Ende des Tunnels. Er lobte den Primärüberschuss im griechischen Haushalt, das Sinken der Arbeitslosigkeit und das Wirtschaftswachstum. Dem muss man entgegenhalten: Die Verschuldung des Staates ist in den letzten fünf Jahren weiter gestiegen. Wirtschaftswachstum gibt es nicht, das ist ein statistischer Effekt, weil die Preise schneller schrumpfen als die Wirtschaft. Die Erwerbslosigkeit sinkt, weil die Menschen in Scharen das Land verlassen, um woanders Arbeit zu finden. Und den Primärüberschuss gibt es tatsächlich, aber geringer als erwartet. Er beträgt 1,5 Milliarden Euro, dem stehen aber Außenstände, bzw.

Gregor Kritisid:

„Griechenland war schon 2010 pleite und ist es heute noch viel mehr.“

Schulden des Staates an private inländische Gläubiger in Höhe von 7 Milliarden gegenüber. Noch dramatischer als die Auslandsverschuldung ist die Inlandsverschuldung in fast gleicher Höhe von 300 Milliarden Euro, von denen zwei Drittel bereits fällig sind und gar nicht mehr bedient werden können. Was sind das für Schulden? Gegenüber Banken, Sozialversicherungskassen und gegenüber dem Fiskus, d.h. Steuerschulden in Höhe von fast 76 Milliarden Euro.

Mittlerweile tauchen diese Zahlen auch in deutschen Medien auf, was auf die Dramatik der Situation hinweist. Griechenland war schon 2010 pleite und ist es heute noch viel mehr. Über die sozialen Auswirkungen werden wir jetzt noch einiges hören. Ich will Dimitris das Wort geben. ◀

Dimitri Tzamouranis,
Gewerkschaft der Techniker
und Ingenieure in Athen:

„Das Kollektivvertragssystem ist weitgehend ausgehebelt und aufgehoben worden.“



► Hallo, vielen Dank für die Gastfreundschaft. Die Gewerkschaft der Techniker ist für deutsche Verhältnisse klein, aber für griechische groß. Sie hat 2.500 Mitglieder in Athen. Es ist eine Gewerkschaft, die ausschließlich in der Privatindustrie tätig ist. Das umfasst die Bauindustrie, Bereiche der Informationstechnologie und der technischen Überwachung, was beispielsweise in Deutschland der TÜV macht. Es gibt in Griechenland seit den Wahlen eine neue Situation. Aber es ist notwendig einen Blick auf die letzten fünf Jahre zu werfen, wie es zur heutigen Situation gekommen ist. Es gibt 1,5 Millionen Arbeitslose in Griechenland und darüber hinaus 800.000 Beschäftigte, deren Löhne und Gehälter nicht pünktlich bezahlt werden. Nach offiziellen statistischen Angaben, gibt es 6,3 Millionen Menschen in Griechenland, die unter der Armutsgrenze leben.

In dem Bereich, in dem ich und meine Gewerkschaft arbeiten, sind die Beschäftigten überdurchschnittlich qualifiziert. Die Arbeitslosigkeit ist dort sehr hoch, aufgrund des Rückganges der Bautätigkeit – der Bauproduktionsmarkt ist praktisch zusammengebrochen. Viele, vor allem die Jüngeren wandern aus, weil es für sie in Griechenland keine Perspektiven gibt. Der Bausektor spielt in Griechenland traditionell eine große, bedeutende Rolle. Die Bautätigkeit ist sowohl im privaten als auch im staatlichen Sektor praktisch zum Erliegen gekommen. Es hat einen Einbruch gegeben von 80 Prozent.

Im letzten Jahr hat es einen Abschwung der Arbeiterbewegung gegeben im Vergleich zum Jahre 2012, als der Widerstand der Gewerkschaften sehr groß gewesen war und es zahlreiche Streiks gegeben hat. Die Troika hat es in Kooperation mit der griechischen Regierung und der einheimischen Oligarchie geschafft, die Löhne auf breiter Front zu reduzieren. Dazu muss man sagen, die griechische Wirtschaft befindet sich in den Händen weniger Familienclans. Banken, Reedereien – die Handelsschifffahrt spielt eine wesentliche Rolle - und Medien gehören dazu. Diese wenigen Sektoren haben diese Politik wesentlich mitgetragen und durchgesetzt.

Das Kollektivvertragssystem ist weitgehend ausgehebelt und aufgehoben worden. Auch der Mindestlohn ist gesenkt worden. Er betrug vor der Krise 751 Euro monatlich brutto. Er beträgt jetzt 580 und für die unter 25-jährigen 510 Euro. Die Situation für Gewerkschaften und alle, die gegen diese Entwicklung ankämpfen, ist sehr schwierig. Im Prinzip muss es eine Reorganisation von Beginn an und von unten geben. Dazu muss man noch anmerken, dass die rechtlichen Bestimmungen, so weit es sie überhaupt noch gibt, häufig nicht eingehalten werden. Es gibt viele illegale Praktiken, denen die Beschäftigten schutzlos ausgeliefert sind.

Es kommt jetzt immer stärker darauf an, Menschen zu unterstützen, die ohne Hilfe nicht mehr über die Runden kommen. Sie kämpfen gegen das Regime der Troika,

weil es ein Mechanismus installiert hat, dass die soziale Leistungen reduziert. Mit dem Regierungswechsel verbinden viele Leute die Hoffnung, dass sich die Situation verbessert. Es gibt beispielsweise die Hoffnung, dass die Arbeitslosenunterstützung wieder für größere Teile der Bevölkerung gewährt wird und der Betrag erhöht wird. Denn nur ein Bruchteil der Erwerbslosen erhält den Höchstbetrag. Nur 100.000 von 1,5 Millionen Arbeitslosen erhalten überhaupt eine Unterstützung. Es gibt in Griechenland keine soziale Grundsicherung. Menschen, die aus der Arbeitslosenunterstützung heraus gedrängt wurden, sind beispielsweise auf die familiäre Unterstützung angewiesen. Es gibt kein Hartz IV, das wäre für Griechenland ein Fortschritt. Eine weitere Hoffnung ist das Versprechen von SYRIZA, den Mindestlohn auf das Vorkrisenniveau, wieder auf 751 Euro anzuheben.

Meine Gewerkschaft wird auch weiterhin in den Betrieben und auf der Straße kämpfen. Soviel ist klar, wir müssen den Kampf fortsetzen, damit überhaupt eine Verbesserung der Situation zu Stande kommt, die nach wie vor in allen Bereichen miserabel ist. ◀

► Guten Abend auch von meiner Seite. Vielen Dank für die Gastfreundschaft, die sehr warmherzig ist. Ich gehöre zu den 595 Reinigungskräften des Finanzministeriums, die in den letzten Jahren gegen ihre Entlassung gekämpft haben. (Die 595 sind über ganz Griechenland verteilt, dazu gehören die Finanz- und Zollämter. Pro Gebäude waren es zwischen drei und sechs Putzfrauen.) Unser Kampf begann im September 2013. Wir haben über unsere Entlassung aus den Medien erfahren. Als wir am nächsten Tag zur Arbeit erschienen, wurden uns die Entlassungsschreiben überreicht. Wir sind überwiegend in einem Alter zwischen 45 und 65 Jahren.

Die Reinigungskräfte im Finanzministerium hatten keine eigene Gewerkschaft. Sie gehören zur Gewerkschaft der Angestellten und Beamten der Steuerbehörden. Als die Auseinandersetzung begann, hatten wir uns Unterstützung der Gewerkschaft erhofft, bei der wir auch Beiträge zahlen. Die Gewerkschaft hat aber keine Unterstützung gewährt, so dass wir auf unsere eigene Kraft angewiesen waren. Wir haben den Kampf auf der Straße, vor dem Finanzministerium begonnen. Die Organisation des Kampfes war sehr schwierig. Wir kannten uns untereinander nicht. Wir mussten zunächst die Adressen und Telefonnummern aller Reinigungskräfte des Bereichs herausbekommen. Das ist uns gelungen. Wir haben uns dann zunächst vor dem Ministerium versammelt, haben protestiert und unsere Wiedereinstellung gefordert.

Der Kampf wurde nicht nur auf der Straße geführt, sondern auch mit juristischen Mitteln. Unsere Klage hatte in erster Instanz Erfolg. Die Entlassungen wurden für illegal erklärt und die Wiedereinstellung verfügt. Die Regierung hat sich über diesen Gerichtsbeschluss hinweggesetzt. Statt uns wieder einzustellen hat sie die Polizei geschickt. Es gab zahlreiche schwere Übergriffe, viele Kolleginnen mussten verletzt ins Krankenhaus gebracht werden. Das hat uns in unserem Kampf nicht beeinträchtigt, sondern ermutigt, weiter zu machen. Wir entschlossen uns für einen täglichen, 24-stündigen Dauerprotest vor dem Finanzministerium, der bis heute, seit nunmehr 20 Monaten, anhält.

Es gab für uns eine riesige Unterstützung aus den linken Bewegungen, die zu unserem Zelt vor dem Ministerium gekommen sind und uns moralisch und materiell unterstützt haben - aber auch von den ganz normalen Bürgern. Alle haben gesagt, gebt nicht auf, ihr kämpft für uns alle. Von Anfang an gab es auch Unterstützung durch SYRIZA und von Leuten, die heute für sie im Parlament sitzen, die uns auch

Vassiliki Gkova, Putzfrau
im Finanzministerium

**„Alle Mütter der Welt
kämpfen um das Brot
ihrer Kinder.
Wenn das in Gefahr ist,
wachsen sie über sich
selbst hinaus.“**



ermutigt haben, weiter zu machen. Sie haben versprochen, uns wieder einzustellen, wenn sie in der Regierung seien.

Ganz wichtig waren die solidarischen Bewegungen, die uns materiell unterstützt haben, die zum Beispiel Decken für das Zelt gebracht haben. Denn das Zelt vor dem Wirtschaftsministerium wurde ja praktisch unser Zuhause. Die griechische Regierung kämpft momentan mit Zähnen und Klauen, dass alle, die illegal entlassen wurden, wieder eingestellt werden. Die Gesetzesvorlagen dafür wurden erarbeitet. Und wir werden da bleiben, bis auch die Troika begriffen hat, dass wir nicht Zahlen, sondern Menschen sind.

Frage: *Sind die Polizisten für ihre Übergriffe bestraft worden?*

Die Polizei hat uns mehrfach angegriffen, so dass viele im Krankenhaus behandelt werden mussten. Ich selbst bin zwei Mal im Krankenhaus behandelt worden. Das hat nicht zur juristischen Verfolgung geführt, sondern im Gegenteil. Polizisten haben uns angezeigt, wir hätten Übergriffe auf die Polizei gestartet. Ich selber soll drei Polizisten angegriffen haben.

Frage: *Warum hat die Gewerkschaft die Putzfrauen nicht unterstützt?*

Die Mehrheit in der Gewerkschaft des Finanzministeriums, vor allem in der Führung, war eine der ND und Samaras nahestehende. Die Gewerkschaft hat deshalb die Regierung und nicht die Arbeitnehmer unterstützt. Die Troika hat damals Entlassungen verlangt. Die Regierung hat geglaubt, ein leichtes Opfer gefunden zu haben. Nämlich uns Frauen, die schlecht organisiert sind und von denen sie glaubten, sie hätten ein niedriges Bildungsniveau. Die Regierung hat damit einen schweren Fehler gemacht. Es mag sein, dass wir Putzfrauen nicht den höchsten Schulabschluss haben. Aber wir hatten eine große Erfahrung, was es heißt zu überleben und den Kampf des Überlebens zu führen. Was die Regierung nicht einberechnet hat: Alle Mütter der Welt kämpfen um das Brot ihrer Kinder. Wenn das in Gefahr ist, wachsen sie über sich selbst hinaus. ◀

Giorgos Korfiatis,
Cooperative social Grocery
"Sesoula":

„Der Grundgedanke ist, durch Ausschaltung des Zwischenhandels, die Güter knapp über den Erzeugerpreisen zu verkaufen.“



▶ Ich habe mit 15 anderen GenossInnen aus Athen eine Art Supermarkt für Lebensmittel und andere Artikel des täglichen Bedarfs gegründet, der auf genossenschaftlicher Basis funktioniert. Dimitri hat ja mehr über die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung erzählt, ich werde über den genossenschaftlichen Bereich berichten, wo sich in Griechenland Vieles verändert hat. Seine Genossenschaft ist ein Beispiel für die solidarische Ökonomie, die sich in den letzten Jahren in Griechenland entwickelt hat, vor allem wegen der Krise. In den letzten fünf Jahren ist die Wirtschaft immer stärker geschrumpft. Das hat zu erheblichen Brüchen in der sozialen Struktur geführt. Immer mehr Menschen sind auf Selbstorganisation angewiesen. Offiziell beträgt die Arbeitslosenrate 26%, bei Jugendlichen über 50%, wobei man sagen muss, das sind die amtlichen Zahlen. Über 30% der Wirtschaft ist die sogenannte graue Ökonomie, die nicht erfasst wird.

Unter den Bedingungen der Krise engagierten sich immer mehr Leute in der genossenschaftlichen Ökonomie. Nicht allein um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sondern um eine andere Art Kultur, eine andere Art zu arbeiten und zu wirtschaften zu entwickeln. Es geht um die Entwicklung der eigenen Fähigkeiten, Kenntnisse und produktiven Kräfte in einer Umgebung der Gleichheit und Demokratie – um eine andere Art der wirtschaftlichen Entwicklung. In den letzten drei Jahren hat es einen regelrechten Gründungsboom gegeben. Es sind über 700 Genossenschaften gegründet worden. Sehr viele im Bereich des Handels – die Versorgung mit Lebensmitteln

spielte eine große Rolle – und öffentliche Kantinen, also Restaurants bzw. Volksküchen. Zehn Prozent der Genossenschaften bewegen sich im Gesundheitsbereich. Es gibt auch kleine Handwerks- und Produktionsbetriebe und Genossenschaften im Bereich von Kunst und Kultur. Es gibt auch Beispiele aus dem Bereich der Medien. Eines der größten Projekte in Griechenland ist die „Zeitung der Redakteure“. Ich habe ein Exemplar dabei. Man kann sie hier auch am Bahnhof in Hannover kaufen. Sie ist hervorgegangen aus einer linksliberalen Zeitung, die während der Krise vom Eigentümer gegen die Wand gefahren wurde.

Wegen der sozialen Krise ist es nicht verwunderlich, dass der größte Teil der Genossenschaften in dem Bereich der Lebensmittelversorgung arbeitet. In den ersten Jahren der Krise gab es eine große Bewegung, die hieß Bewegung ohne Zwischenhändler und hatte zum Ziel den Verkauf von Nahrungsmitteln direkt vom Produzenten an die Menschen in den Städten. Die Bewegung begann als sogenannte Kartoffelbewegung zur Versorgung mit Grundnahrungsmitteln um das Überleben zu sichern. Mittlerweile gibt es 50 solcher genossenschaftlichen Märkte, die mindestens einmal im Monat stattfinden, in Athen und anderen Städten Griechenlands. Der nächste logische Schritt dieser Bewegung war, neben Grundnahrungsmitteln auch andere Güter einzubeziehen in die genossenschaftliche Struktur.

Der Grundgedanke ist, durch Ausschaltung des Zwischenhandels, die Güter knapp über den Erzeugerpreisen zu verkaufen. Man darf allerdings nicht die Probleme verschweigen. Eines ist die Frage der Legalität dieser Aktivitäten. Das andere ist die Frage der Stabilisierung dieser Strukturen, die nicht immer gegeben ist. Es gibt die Bestrebungen, Lager- und Transportkosten so gering wie möglich zu halten, um die Produkte preisgünstig anbieten zu können, aber ohne die Preise so zu drücken, dass die Erzeuger nicht mehr davon leben können. Es gibt mittlerweile 20 Genossenschaften wie ihre, davon 10 in Athen. Es gibt mittlerweile eine Koordination der Genossenschaftsbewegung auf nationaler Ebene. Sie hat die Aufgabe, den Informationsaustausch zu verstetigen, die Probleme zu diskutieren, Lösungen zu finden und die Bewegung auch politisch zu repräsentieren. Es gibt auch Bestrebungen, engen Kontakt zu den Erzeugern zu halten, um die Qualität der Lebensmittel sicherzustellen und eine Kontrolle zu haben. Es gibt mittlerweile einen Kriterienkatalog der Genossenschaften, was sie von den Erzeugern erwarten. Es betrifft die Produktionsweise, Arbeitsverhältnisse und ökologische Kriterien. Sie versuchen insbesondere kleine Erzeuger zu unterstützen und die Bestellungen zu koordinieren, um die Transportkosten gering zu halten.

Was wir auch versuchen, ist so etwas wie eine neue Konsumkultur in Griechenland zu etablieren. Es gibt den Anspruch der Genossenschaftsläden, den Kunden darüber zu beraten, welche Qualität, welche Vorzüge und Nachteile die Produkte haben. Also ganz im Gegensatz zu dem, was in Supermärkten üblich ist, wo die Herkunft verschwiegen und über die Qualität der Produkte nicht geredet wird. In den letzten Jahren gab es eine Deregulierung im Bereich der Lebensmittel, beispielsweise wurde das Haltbarkeitsdatum verlängert, insbesondere für Milch und Milchprodukte, so dass die Unternehmer sie länger verkaufen konnten, als das früher üblich war. Die Genossenschaften stellen sich dieser Tendenz entgegen, auch für ärmere Menschen, die sich ansonsten qualitativ hochwertige Lebensmittel nicht leisten können.

Ich bin der Überzeugung, dass diese Genossenschaften eine der wesentlichen Faktoren für den Wiederaufbau der griechischen Wirtschaft im Bereich des Lebensmittelhandels sein können. Es stellt sich auch die Frage nach den Zukunftsaussichten der Genossenschaftsbewegung. Auch wenn möglicherweise die härteste Phase der Ein-

sparungen und Kürzungen beendet ist, wird es Jahrzehnte dauern, die Wirtschaft wieder auf das Vorkrisenniveau zu heben. Der Staat hat wenig Mittel – eigentlich keine – um Investitionen zu tätigen; der Privatsektor hat kein Interesse außer an dem schnellen Profit. Mit den Erfahrungen, die bisher gesammelt wurden, was die Organisation der Genossenschaften und die Mobilisierung der Menschen betrifft, bin ich der Überzeugung, dass dies ein Weg ist, um die Wirtschaft in diesem Bereich zu reorganisieren. Die neue Regierung kann institutionelle und materielle Hilfen geben, um den genossenschaftlichen Sektor zu entwickeln. Aber in erster Linie ist es eine Frage der Eigeninitiative der Genossenschaftsbewegung. ◀

Das gemeinsame Abendessen bot die Möglichkeit, Absprachen für den nächsten Tag zu treffen – unsere Teilnahme an der Streikdemonstration und der anschließenden Kundgebung. Eine weitere positive Überraschung war für mich, mit welcher Selbstverständlichkeit eine kurze Grußbotschaft von Vassiliki auf der Streikkundgebung verabredet werden konnte.

Der nächste Vormittag vermittelte den griechischen Gästen einen Einblick in die gewerkschaftliche Streik- und Demonstrationenkultur, die auf sie doch sehr befremdlich wirkte. An der Spitze unseres Demonstrationenzuges eine Kapelle, die vorwiegend Unterhaltungsmusik schmetterte. Viele Fahnen und vorgefertigte, aber kaum selbstgemalte Transparente. Statt politischer Parolen der Lärm der Trillerpfeifen, mit denen die Kolleg_Innen des öffentlichen Dienstes ihre Tarifforderung bekräftigten.

Auf dem Opernplatz hatten sich ca. 5.000 Streikende eingefunden. Eine Soul- und Rockband sorgte für die musikalische Unterhaltung der Kundgebungsteilnehmer. Die Moderatorin auf der Bühne kündigte zwischendurch eine internationale Gastrednerin an, deren Herkunft sie noch nicht verraten wolle. Dann, noch vor den Reden der gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre, wurde Vassiliki auf die Bühne gebeten. So wurde die Streikkundgebung in Hannover eingeleitet mit einer Grußbotschaft aus Griechenland und dem Symbol des dortigen Widerstandes – dem roten Handschuh der kämpfenden Putzfrauen mit dem Siegeszeichen und der geballten Faust.



Vor unserer Abreise nach Göttingen gab Dimitri noch ein kurzes Interview für Radio Flora Hannover. Giorgos Korfiatis trennte sich von uns, da er an der Veranstaltung in Leipzig teilnehmen wollte.

Voller Saal auf ver.di-Veranstaltung in Göttingen

In Göttingen wurden wir bereits erwartet - im Bahnhofscafé saßen Birgit und Outi, zwei Kolleginnen von ver.di, zusammen mit Kostas Karikis von ERT und Kostas, unserem Übersetzer für die nächsten beiden Tage. Das gemeinsame Mittagessen in einem vorzüglichen italienischen Restaurant bot die Möglichkeit sich kennenzulernen, das Besuchsprogramm abzusprechen und das eine oder andere Interessante über die Universitätsstadt Göttingen zu erfahren. Wie in Hannover war alles bestens organisiert. Nur dass wir nicht im Hotel, sondern in einem kollektiven Wohnprojekt untergebracht waren, mit einem köstlichen Frühstück am nächsten Morgen.

Die starke Beteiligung an unserer Veranstaltung war für mich eine echte Überraschung. Schließlich war sie relativ spontan in unser Besuchsprogramm eingeschoben worden und hatte nur eine Woche Vorlauf zur Mobilisierung. 70 Sitzplätze bot der Veranstaltungsraum. Sie reichten nicht aus, wir mussten noch Stühle herbeischaffen. Neben den Referaten von Vassiliki und Dimitri (siehe Bericht aus Hannover) gab Kostas einen Überblick über den Kampf bei ERT.

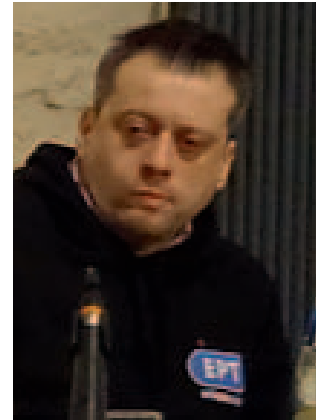
► Kostas leitete sein Referat mit einem Vergleich ein: „Stellt euch vor, in Deutschland würde der zuständige Minister die sofortige Schließung von ARD und ZDF verkünden, und zwar ohne Regierungsbeschluss oder parlamentarische Abstimmung, sondern als Ministerialerlass. Als Begründung würde er anführen, die Bürger von der finanziellen Belastung durch die Fernseh- und Rundfunkgebühren befreien zu wollen. Niemand würde so etwas für möglich halten.“ Am 11. September 2013 sei genau dies in Griechenland passiert. Die Meldung über die geplante Schließung der öffentlichen Fernseh- und Rundfunkanstalt platzte in eine zufällig stattfindende Belegschaftsversammlung in Athen. Der Vorschlag einer Kollegin, den Sendebetrieb einfach weiterzuführen, fand die Zustimmung der Versammelten. Seither kämpfen die Beschäftigten von ERT – nicht als öffentlich Beschäftigte, sondern in Selbstverwaltung - für eine unabhängige und kritische Fernseh- und Rundfunkanstalt, getragen und unterstützt durch eine breite Sympathie in der Bevölkerung und den sozialen und politischen Widerstand gegen die Troika. Die Senderäume in Athen und Thessaloniki wurden besetzt, die durch die Polizei abgeschalteten Sendeanlagen konnten mit Hilfe der Techniker teilweise wieder in Betrieb genommen werden. So war in weiten Teilen des Landes ERT regulär zu empfangen. Außerdem wurden die Rundfunk- und Fernsehbeiträge auch über das Internet ausgestrahlt. Anfang November 2013 ließ die Regierung die besetzten Studios in Athen räumen, in Thessaloniki blieben sie bis heute in der Hand der Belegschaft.

Die Schließung von ERT hatte im September 2013 zu einer Regierungskrise geführt. Die sozialdemokratische Partei Dimar, eine rechte Abspaltung von SYRIZA, verließ die Regierung von Ministerpräsident Samaras. Der wollte mit der Schließung von ERT die kritische Berichterstattung, die es dort noch gab, mundtot machen. Die wenige Wochen später gegründete Sendeanstalt NERIT wurde zu einem reinen Propagandainstrument der Regierung. Leider hätte ein Teil der Belegschaft den Kampf aufgegeben und sich bei dem neuen Staatssender verdingt.

Kostas, so seine eigene Aussage, argumentiere auch als Mitglied der neuen Regierungspartei. Er sei schon lange vor ihrem Aufstieg Mitglied gewesen – als sie noch mit 4% um ihren Einzug ins Parlament bangen musste. Er komme aus der Tradition

Kostas Karikis von ERT

„Wir wollen die Mikrofone und Kameras den zurückzugeben, die mit ihren Beiträgen ERT finanziert haben.“



der eurokritischen Richtung in der Kommunistischen Partei Griechenlands, die zum größten Gründungskern von SYRIZA gehörte.

Für ihn selbst seien die Monate des Kampfes bei ERT die wichtigste berufliche Erfahrung seines Lebens. Gemeinsam käme es ihnen darauf an, die Mikrofone und Kameras denen zurückzugeben, die mit ihren Beiträgen ERT finanziert hätten. So hätten sie ausführlich über die sozialen und politischen Konflikte im Land berichtet und die Betroffenen, wie beispielsweise die Putzfrauen, selbst zu Wort kommen lassen. Aber das wäre kein widerspruchsfreier Prozess; es käme immer wieder zu Diskussionen, wie weit man die eigenen journalistischen Ansprüche und Ambitionen zurückstecken solle zu Gunsten der direkt Betroffenen.

Die von der neuen Regierung angekündigte Wiedereröffnung von ERT sei bisher noch nicht erfolgt. Die entsprechenden Gesetzesinitiativen seien schon erarbeitet; es gebe von ihrer Seite Kritik an einzelnen Bestimmungen. ◀

Die Referate vermittelten auch mir noch mal ein kompaktes Bild, unter welchen schwierigen Bedingungen die Menschen in Griechenland leben und Widerstand leisten. Die Abwahl der Regierung Samaras wäre ohne die Aktivitäten der zahlreichen, selbstorganisierten Initiativen und der Basisgewerkschaften, ohne die Kämpfe der Belegschaft von ERT und der Putzfrauen nicht möglich gewesen. Die neue Regierung verfüge deshalb über eine breite Zustimmung und Unterstützung in der Bevölkerung, betonten unsere Gäste in der anschließenden Diskussion. Für die Troika stellt sie ein politisches Hindernis dar, das sie beseitigen will, bevor beispielsweise die Wähler_innen in Spanien dem griechischen Beispiel folgen. Auf die schwierige Frage: können wir auf die Bundesregierung Druck ausüben um der griechischen Linksregierung etwas Luft zu verschaffen, gab es verständlicherweise keine befriedigenden Antworten. Es fehlt momentan die Kraft auf Seiten der Gewerkschaften und der Linken, um in diese Richtung Entscheidendes bewegen zu können. Die Beteiligung an den Veranstaltungen in Hannover und Göttingen hat dennoch gezeigt: Das Informationsinteresse zum Thema Griechenland ist ebenso gestiegen wie die Bereitschaft in den Gewerkschaften sich entsprechend zu engagieren. Das wurde nochmals am nächsten Vormittag in einem kurzen Gespräch mit Julia Niekamp und Patrick von Brandt von ver.di in Göttingen deutlich.

Dimitri musste sich in Göttingen von der Reisegruppe verabschieden. In Braunschweig stieß Giorgos Archantonopolous zu unserer kleinen Reisegruppe. Er ist der Vorsitzende der Gewerkschaft bei den Wasserwerken in Thessaloniki.



Jan Steyer (ver.di),
Vassiliki Gkova,
Kostas Tsanakas,
Dimitri Tzamouranis
und Kostas Karikis (vlnr)

Salzgitter: Kein Atommüll in Schacht Konrad, Besuch im Stahlwerk



Es war nicht mein erster Besuch mit griechischen Gästen in Salzgitter. Bereits im vorigen Jahr waren wir von der IGM Verwaltungsstelle Salzgitter-Peine eingeladen. Damals hatten wir das VW-Motorenwerk besichtigt und ein ausführliches Gespräch mit der IGM-Fraktion des Betriebsrates, an der auch zahlreiche Mitglieder der Ortsverwaltung teilnahmen. Außerdem hielt Yannis Stathas (Abgeordneter von SYRIZA und ehem. Gewerkschaftsvertreter auf der Aluminiumhütte) eine Rede auf der 1. Mai-Kundgebung.

IGM gegen Atommüll im Schacht Konrad

Für dieses Jahr war verabredet, dass wir zunächst eine kurze Kundgebung und eine Veranstaltung gegen die Einlagerung von Atommüll im Schacht Konrad besuchen sollten. Da wir verspätet ankamen, verpassten wir leider die Kundgebung vor der Aula des Gymnasiums in Fredenberg. Nur noch die Traktoren der Landwirte, zahlreiche Transparente sowie eifrig diskutierende Kolleginnen und Kollegen trafen wir vor den Türen des Gymnasiums an. Der Grund: Die Aula war derart überfüllt, dass es trotz Intervention von Hakan nicht gelang, von den Ordnern eingelassen zu werden. Hakan ist Vertrauensmann bei VW und hatte an der letzten Solidaritätsreise nach Griechenland teilgenommen. So mussten wir vorerst im Foyer die Podiumsdiskussion auf dem Bildschirm verfolgen, bevor im Verlaufe der Veranstaltung doch noch einige wenige Plätze frei wurden. Es war schwierig, den griechischen Gästen den Inhalt der Diskussion zu vermitteln. Es fiel selbst mir schwer, ohne die nötigen konkreten Vorkenntnisse, den Ausführungen und Ausflüchten der verantwortlichen Politiker zu folgen. Was mich allerdings beeindruckte, war die massenhafte Teilnahme von IGM-Kollegen jeden Alters aus den verschiedenen Betrieben Salzgitters. Ich hatte noch nie eine Veranstaltung gegen Atommüll besucht, auf der eine Gewerkschaft so zahlreich und gut organisiert präsent war. Darin drückt sich auch das Selbstverständnis der IGM in Salzgitter aus, von dem auch der Bericht über die Aktion auf der Internetseite der IGM Salzgitter-Peine zeugt:

Eine Funktionärskonferenz bildete den Auftakt eines kämpferisch lauten Nachmittages. Mehrere Hundert Funktionäre, Betriebsräte, Vertrauensleute und Jugend- und Auszubildendenvertreter waren dem Aufruf der IG Metall gefolgt und versammelten sich zusammen mit Vertretern des Landvolkes und deren bunter Treckerkolonne zu einer eindrucksvollen Kulisse vor der Aula des Gymnasiums in Fredenberg. Hier soll später eine Podiumsdiskussion zum



Thema „Konrad“ stattfinden. Matthias Wilhelm von der IG Metall moderierte die Konferenz und hob in seiner Begrüßung die Bedeutung und Stärke der IG Metall für die politische und gesellschaftliche Gestaltung der Region hervor und machte deren Position deutlich: „Wir sind gegen ein Endlager Konrad!“ [...] Andreas Blechner, IG Metall-Betriebsrat von Volkswagen Salzgitter beklagte fehlende Weitsicht bei den Entscheidungsträgern: „Lernen die nicht aus der Geschichte? Wir überblicken kaum die letzten 2000 Jahre unserer Zivilisationsgeschichte, aber die Politik will über Zehntausende von Jahren endlagern.“ [...] Drei Generationen IG Metall standen als nächstes auf der Bühne. Franz Hummel (87 Jahre) war zusammen mit Sohn und Enkel auf die Bühne gekommen und erinnerte an die 50er Jahre als sich die Region in breiter Solidarität gegen eine Deindustrialisierung der Region und Demontagen engagierte. „Damals kannten wir unsere Gegner, wir konnten sie sehen und ihnen entgegentreten.“ Radioaktivität sei ein unsichtbarer Gegner mit ungleich größerem Zerstörungspotential, dem sich die Region umso entschlossener entgegenstellen müsse.

Nach der Veranstaltung waren wir vom VW-Betriebsrat zum Essen eingeladen. Neben dem BR-Vorsitzenden Andreas Blechner mit seiner Frau Birgit waren auch Hakan, ein BR-Kollege aus dem Stahlwerk und Wolfgang Räschke, der 1. Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle, anwesend. Wolfgang Räschke gab einen Überblick über die Geschichte, das Selbstverständnis und die Arbeit der Verwaltungsstelle.

Geschichte und Selbstverständnis der IGM Salzgitter



Gerd Graw am Monument zur Stadtgeschichte

Die Verwaltungsstelle vertritt über 30.000 Mitglieder aus zahlreichen Großbetrieben der Region - neben dem Stahlwerk beispielsweise das VW-Motorenwerk, MAN und Alstom. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad liege in den Großbetrieben bei über 90 Prozent. Sie verstünden sich explizit als eine linke Verwaltungsstelle; in vielen Fragen gebe es Differenzen zum IGM-Vorstand in Frankfurt.

Die Geschichte der IG Metall sei eng verknüpft mit der nationalsozialistischen Vergangenheit von Salzgitter. Das Stahlwerk, das ehemalige Hermann Göring Werk, sei erst in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts von den Nazis für die Kriegsproduktion gegründet und zahlreiche Dörfer zur Stadt Salzgitter zusammengeschlossen worden. Vorher war die Gegend rein landwirtschaftlich geprägt. Es waren die überlebenden Antifaschisten, die nach zwölf Jahren faschistischer Barbarei die ersten freien Gewerkschaften aufgebaut haben.

Mit Beginn der gewerkschaftlichen Tätigkeit nach 1945 stand der Erhalt der Arbeitsplätze im Vordergrund des gewerkschaftlichen Kampfes. Das Stahlwerk sollte von der britischen Besatzungsmacht demontiert werden – das wäre das Ende des Industriestandortes und der Existenzgrundlage Zehntausender Einwohner und Flüchtlinge

in der Region gewesen. In den Jahren 1949 und 1950 verhinderte die Belegschaft die Demontage, indem sie sich den britischen Besatzungstruppen entgegenstellte. Beschäftigte setzten sich auf die schon angebrachten Sprengladungen und verhinderten die völlige Zerstörung ihrer Arbeitsplätze. So hat die Stadt Salzgitter ihre Existenz der damaligen Arbeiterschaft zu verdanken, die in der IG Metall organisiert war.

Bis heute bildet der Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen, neben den Regelungen der Arbeits- und Lohnbedingungen, einen Schwerpunkt der Gewerkschaftsarbeit. Ein

weiterer Schwerpunkt sei die Bekämpfung jeglicher faschistischer und rassistischer Bestrebungen. Neben der Pflege der antifaschistischen Tradition umfasse dies aktuell das Engagement gegen den zunehmenden Rassismus, wie er in den PEGIDA-Demonstrationen zum Ausdruck komme. Die IGM Salzgitter würde regelmäßig die Kolleginnen und Kollegen zu Gegendemonstrationen mobilisieren, wenn BRAGIDA in Braunschweig auftritt.

Giorgos von den Wasserwerken in Thessaloniki machte sich eifrig Notizen. Er will einen Artikel über die IG Metall Salzgitter schreiben. Dazu führte er am nächsten Tag noch ein ausführliches Gespräch mit Gerd Graw, einem Aktivisten, der mit seinen 82 Jahren aus eigener Erfahrung viel über die Geschichte der Arbeiterbewegung in Salzgitter berichten kann.

Votum gegen die Privatisierung der Wasserwerke in Thessaloniki

► Nach der kurzen Darstellung über die örtliche IG Metall berichteten die Gäste aus Griechenland über ihre aktuelle Lage und ihren Kampf gegen die Troika (siehe Referate Hannover und Göttingen). Giorgos griff das gesellschaftspolitische Engagement der IGM Salzgitter auf und berichtete: Er gehöre einer vergleichsweise kleinen Gewerkschaft an, die die 220 Beschäftigten in Thessaloniki vertritt. Auch ihrer Auffassung nach dürften sich die Gewerkschaften nicht auf die Regelung tariflicher Fragen beschränken. Das wurde praktisch aktuell, als die geplante Privatisierung des Wassers in Thessaloniki anstand. Seine Gewerkschaft alleine wäre nicht in der Lage gewesen, das zu verhindern. Sie musste sich im Kampf gegen die drohende Privatisierung den Einwohnern der Stadt öffnen. So sei es gelungen, durch ein breites politisches Bündnis die geplante Privatisierung zunächst zu stoppen. Sie hätten, obwohl die griechische Verfassung die Abhaltung von Volksbegehren nicht vorsieht, mit den Europa- und Regionalwahlen im Mai 2014 eine quasi „illegale“ Volksabstimmung organisiert.

Giorgos Archantonpolous,
Gewerkschaftsvorsitzender
bei den Wasserwerken
in Thessaloniki



In Thessaloniki haben in einem Referendum 98 Prozent gegen die Privatisierung der Wasserversorgung gestimmt. 60 Prozent der Wahlberechtigten hatten sich beteiligt. Im Zuge der Austeritäts- und Privatisierungspolitik, die die „Troika“ Griechenland aufzwingt, wurde auch die Privatisierung der Wasserver- und Abwasserentsorgung in den zwei größten griechischen Städten, Athen und Thessaloniki, forciert. Der Energiekonzern Suez, der vor der Rekommunalisierung zusammen mit Veolia die Pariser Wasserversorgung betrieben hatte, zeigte dabei großes Interesse. Die Troika, die Privatisierungsagentur der griechischen Regierung TAIPED und potentielle Investoren verhandelten hinter verschlossenen Türen.

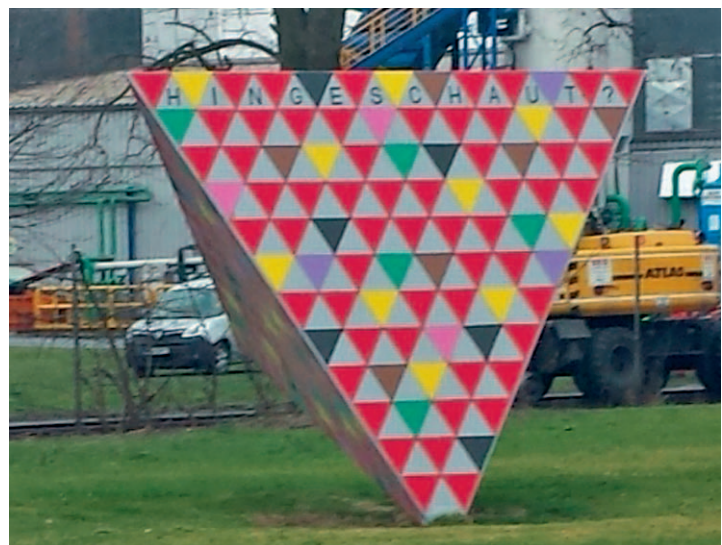
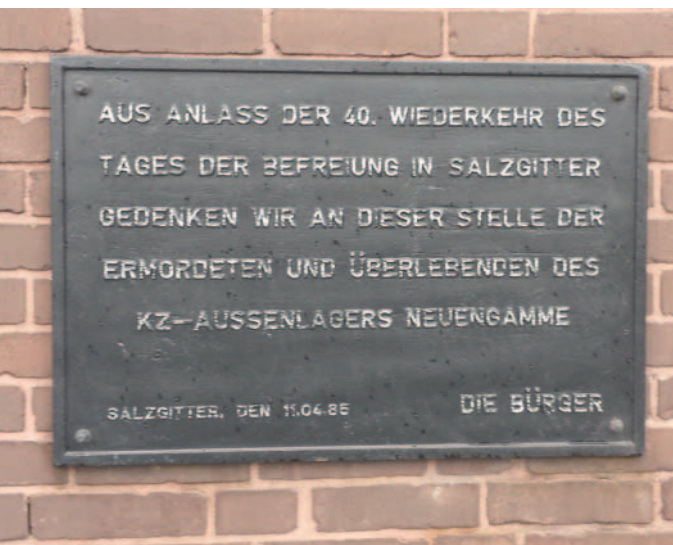
Verschiedene Initiativen, Organisationen, Gewerkschaften und Kommunen hatten ein Referendum gegen die Privatisierungspläne organisiert. Über 1500 Freiwillige halfen bei der Durchführung, unter widrigen Umständen: Im Vorfeld der Abstimmung hatte die griechische Regierung versucht, die Durchführung des Referendums zu verhindern, dann es zu verbieten und schließlich hatte sie den InitiatorInnen sogar mit Haft gedroht. Die Bevölkerung jedoch hat sich davon nicht einschüchtern lassen und nun ein klares Signal gesetzt gegen die Troika und die Konzerne, ein Signal gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums. (aus GiB, Gemeingut in BürgerInnenhand)

Giorgos betonte noch, dass dies ohne die internationale Erfahrung und den Austausch im Kampf gegen die Privatisierung des Wassers nicht möglich gewesen wäre. Vor allem der „Berliner Wassertisch“ habe mit seinen Vorschlägen und durch die praktische Unterstützung vor Ort wesentlich zum Erfolg beigetragen. ◀

Besuch im Stahlwerk

Pünktlich um 9.00 Uhr wartete vor dem Hotel der VW-Bus, der uns in das Stahlwerk bringen sollte. Auch Gerd Graw hatte sich schon eingefunden. Bevor es zum Werksgelände ging, gab es noch einen kurzen Abstecher in das Zentrum von Salzgitter-Lebenstedt – vorbei am Rathaus mit dem Transparent gegen Rassismus und Bragida. Am Monument zur Stadtgeschichte erläuterte uns Gerd die antifaschistische Tradition, die prägend für Salzgitter ist – dank des unermüdlichen Einsatzes der örtlichen IG Metall.

Die erste Station auf der Hütte war die Gedenkstätte Drütte. „Eines der ersten Außenlager des KZ Neuengamme bei Hamburg war das KZ Drütte. Es wurde im Spätsommer 1942 in Räumen unter der Hochstraße auf dem Werksgelände der ‚Reichswerke Hermann-Göring‘ eingerichtet.“ Etwa 3000 Zwangsarbeiter aus ganz Europa mussten unter erbärmlichen Bedingungen für die deutsche Rüstungsproduktion schuften. „Gemeinsam mit der IG Metall und dem Betriebsrat der Stahlwerke bemühte sich der Verein Stadtgeschichte e.V. vehement um die Einrichtung einer Gedenkstätte in den historischen Räumen des ehemaligen KZ Drütte auf dem Werksgelände der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG. Am 11. April 1985 organisierte der Betriebsrat dort die erste Gedenkfeier, die seitdem jährlich auf dem ehemaligen Appellplatz stattfindet. Der Kampf um die Errichtung der Gedenkstätte endete 1992 mit einer Vereinbarung zwischen Vorstand und Betriebsrat der Peine-Salzgitter AG.“ (www.gedenkstaette-salzgitter.de/) Drütte ist die einzige KZ-Gedenkstätte in Deutschland, die sich auf dem Werksgelände eines noch produzierenden Betriebes befindet. Ein Erfolg der gewerkschaftlichen und antifaschistischen Arbeit. Die ist auch auf dem ehemaligen Appellplatz der Häftlinge zu sehen. Das Mahnmal wurde von den Auszubildenden des Stahlwerks entworfen und gebaut.



Gedenktafel und Mahnmal im Zwangsarbeitslager

Dann führen wir mit dem VW-Bus über das riesige Werksgelände zu einem der Hochöfen. Überall, gut sichtbar, fordern große Schilder „Respekt! Klein Platz für Rassismus“. Mir ging durch den Kopf, wie wichtig die antirassistische und antifaschistische Gewerkschaftsarbeit ist, angesichts der aktuellen Entwicklung. Wie deutsche Politiker und Medien seit Jahren die niedrigsten, nationalistischen Vorurteile gegenüber der griechischen Bevölkerung schüren – verstärkt wieder seit dem Amtsantritt der neuen Regierung dort. Die Austeritätspolitik, die die herrschende Klasse Deutschlands der EU aufzwingen konnte, schafft den Nährboden für den Aufstieg rassistischer und faschistischer Kräfte in den europäischen Staaten.



Nach Besichtigung des Hochofens und der Abteilung, in der das Stahlblech für die Autoproduktion veredelt wird, waren wir ins Betriebsratsbüro eingeladen. Die anwesenden Mitglieder des Betriebsrates, der Auszubildenden- und Jugendvertretung und des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers zeigten sich gut informiert über die Situation in Griechenland. Davon zeugten ihre Nachfragen zu den Berichten der griechischen Gäste. Die Fragen zielten vor allem auf die aktuelle Situation nach Bildung der SYRIZA-Regierung. Ob denn nicht die Unterstützung der Regierung bröckeln würde, die angesichts des Druckes von außen nur einen kleinen Teil ihrer Wahlversprechen einlösen könne. „Bis heute halte die breite Sympathie an“, so die Antwort. „Wie sich das weiterentwickeln werde, darüber lassen sich keine gesicherten Aussagen treffen. Die Regierung sei schließlich erst seit zwei Monaten im Amt.“

Treffen mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Betriebsrat, der Jugendvertretung und dem Vertrauenskörper

Einig war man sich darüber, welche Absichten die deutsche Regierung gegenüber Griechenland verfolge. Zum einen die Deregulierung des Arbeitsmarktes, mit dem sie auch auf der Hütte zu kämpfen hätten. Durch Outsourcing, Leih- und Fremdvergabe, werde das Lohnniveau gesenkt. Zum anderen in der Privatisierung öffentlicher Dienste und Leistungen, die in Deutschland schon auf breiter Front stattgefunden habe und weiter forciert wird. Die Probleme, mit denen sich die arbeitenden Menschen konfrontiert sehen, seien oft die gleichen – nur von einem unterschiedlichen materiellen Niveau aus, was Löhne und soziale Leistungen betreffe. Bewusst war allen Beteiligten, dass allein die griechische Bevölkerung und die neue Regierung nicht auf Dauer die Kraft aufbringen könne, den Erpressungen durch die Troika zu widerstehen, um das Ende der Spardiktate in Europa einzuläuten. Eine Wende in Europa könne nur gemeinsam, durch verstärkten Druck auch in anderen Ländern eingeleitet werden. Zum Abschluss des leider viel zu kurzen Gespräches – wir durften den Zug nach Bremen nicht verpassen – bekundeten die Kolleginnen und Kollegen der Hütte ihr Interesse an der nächsten Griechenlandreise teilzunehmen.

Vassiliki Gkova am Hochofen



Auszug aus dem Bericht der IG Metall auf der Betriebsversammlung bei VW am 25. März 2015

Wolfgang Räschke, 1. Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Salzgitter-Peine

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lasst mich zum Schluss meines Berichts noch etwas über die aktuelle Situation in Griechenland sagen.

Aktuell ganz groß in den Medien ist der Besuch von Alexis Tsipras bei Angela Merkel. Der Auftritt der griechischen Regierung in Europa führt in der deutschen Öffentlichkeit nicht gerade zu Beifallsstürmen.

Es war vielleicht nicht besonders geschickt hier die Verhandlungen über weitere Zahlungen der EU in Zusammenhang mit den Reparationszahlungen und dem Kredit an die deutsche Reichsregierung zu setzen, aber berechtigt war es allemal gerade die, die ständig erklären, dass man seine Kredite zurückzahlen muss daran zu erinnern, dass da seit über 70 Jahren immer noch ein Kredit offen ist.

Und diejenigen, die sich vehement gegen einen Schuldenschnitt aussprechen daran zu erinnern, dass es 1953 die Londoner Schuldenkonferenz gab, wo einem Land seine Schulden mit einem Schuldenschnitt halbiert wurden – und das war Deutschland und ein kleines Land hatte damals seine Zustimmung gegeben, obwohl es ihm selbst nicht besonders gut ging und das war Griechenland.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der griechische Finanzminister Gianis Varoufakis ist nicht unbedingt ein großer Sympathieträger und er muss gerade lernen, dass es zwischen einem Hörsaal in der Uni und dem Plenarsaal des Parlaments große Unterschiede gibt – auch beim kleinsten Fingerzeig.

Und der Aufreger in den Medien war in der letzten Woche – war der Stinkefinger von ihm oder war er nicht von ihm?

Darum geht es aber gar nicht – die Frage ist, was wollten die Medien damit bewirken, denn man muss gar nicht wissen, ob die Bilder von Varoufakis gefälscht sind oder nicht, um eines zu wissen: dass sie in Günther Jauchs Sendung am Sonntagabend aus dem Kontext gerissen wurden.

Und da lautet die Frage: Was will die ARD, was wollen Günther Jauch und seine Redaktion mit dieser Verfälschung eigentlich erreichen?

Das fängt schon damit an, dass sich Finanzminister Gianis Varoufakis im öffentlich rechtlichen Fernsehen behandeln lassen muss, als sei er nicht bei „Günther Jauch“ in der ARD, sondern bei Peter Zwegats Schuldenberatung auf RTL.

Wie kann es angehen, dass ein Professor der Wirtschaftswissenschaften und Vertreter der griechischen Regierung im deutschen Fernsehen unter Verkennung seiner Nationalität vorgestellt wird mit den Worten „italienischer Bruce Willis“ - in einer Sendung mit dem Titel „Der Euro-Schreck stellt sich“?

Wie können so grobe handwerkliche Fehler wie der fehlende Zusammenhang von Varoufakis' Rede passieren? Oder war es etwa Absicht, zumal er das genaue Gegenteil gesagt hat? [...] Hier wird anscheinend versucht ein Bild zu zeichnen, dass nichts aber auch gar nichts mit der Lage und mit den Problemen in Griechenland zu tun hat – und dies ist mein Problem, es wird auf diese Weise richtiger Hass gesät auf „die Griechen“ – das hat Stammtischniveau und es lenkt ab von den tatsächlichen Problemen, die es ja auch tatsächlich gibt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Aufruf „Griechenland nach der Wahl – Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa“, der von allen Gewerkschaftsvorsitzenden und von den Vorständen der Gewerkschaften unterzeichnet wurde, werden noch einmal die Position und die Kritik der Gewerkschaften in dieser Frage dokumentiert:

Die entscheidenden Bedingungen, unter denen die finanziellen Hilfen für Griechenland gewährt wurden, hatten von Anfang an nicht die Bezeichnung »Reform« verdient.

Die Milliarden, die nach Griechenland geflossen sind, wurden vor allem für die Stabilisierung des Finanzsektors verwendet, die kamen gar nicht bei den Menschen an. Die Banken wurden mit dem Sparpaket gerettet, aber nicht die Menschen.

Die Bruttoeinkommen der privaten Haushalte in Griechenland sind von 2008 bis 2012 um ein knappes Viertel gesunken und für fast die Hälfte des Rückgangs sind Lohnkürzungen verantwortlich.

Bei der unteren Einkommenshälfte stieg die Steuerlast im Verlauf der Krise um 337 Prozent. Bei der oberen Hälfte nahm sie dagegen um nur 9 Prozent zu.

Die Kürzungen sind weit umfassender ausgefallen, als es nötig gewesen wäre, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft zu stärken, heißt es in einer Studie der HBS.

Insgesamt hat 2012 fast jeder dritte griechische Haushalt mit einem Jahreseinkommen von weniger als 7000 Euro auskommen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen überprüft das mal für Euch selber. Das sind weniger als 580 Euro im Monat und nicht pro Person, sondern pro Haushalt und die Preise sind in Griechenland nicht anders als bei uns. Die ärmsten Haushalte haben fast 86 Prozent ihrer Einkommen verloren, die reichsten nur 17 bis 20 Prozent.

Der Binnenkonsum ist bereits komplett abgewürgt. Durch die hohe Arbeitslosigkeit sinken zudem die Steuereinnahmen. Nur eine Abschwächung des Spardiktats kann Griechenland wirklich helfen, denn es hat dramatische Auswirkungen.

Wenn sich an den rigiden Sparmaßnahmen nichts ändert, dann wird sich das Land zu Tode sparen – und zwar im wahrsten Sinne des Wortes.

Ein Beispiel ist das Gesundheitswesen. Seit die Krise das Land im Griff hat ist die Säuglingssterblichkeit um 43 Prozent gestiegen. Massenweise wurden Ärzte und Krankenschwestern entlassen. Lebensrettende Medikamente fehlen. So kann es nicht weitergehen.

Ja, Griechenland hatte eine Mitschuld an der Krise im eigenen Land – Korruption, Vetternwirtschaft, Bürokratie-Wahnsinn. Reiche und Superreiche die keine Steuern zahlen – all dies muss die neue Regierung angehen

Aber dass am Ende die bezahlen müssen, die am wenigsten dafür können, dürfen wir einfach nicht zulassen! Und dies ist auch kein Vorwand für unterlassene Maßnahmen!

Von daher ist der Hinweis von Finanzminister Wolfgang Schäuble, dass es keinen Vorwand geben darf, „die unangenehmen Entscheidungen, die man treffen muss, nicht zu treffen“ gerade im Zusammenhang mit dem Gesundheitswesen in Griechenland menschenverachtend.

Solche Aussagen treffen ins Mark. Denn eins ist klar: in Griechenland sterben Menschen, weil sie sich die Behandlung beim Arzt nicht mehr leisten können.

Aber liebe Kolleginnen und Kollegen,

Gesundheit sollte doch für uns ein höheres Gut sein als die Schuldenfreiheit.

Nur dank des selbstlosen Einsatzes Tausender Ärzte, die nur noch gegen geringe oder gar keine Bezahlung ihren Dienst am Menschen leisten, werden viele Griechen überhaupt noch behandelt. Das gesamte griechische Gesundheitssystem ist schlicht zusammengebrochen.

Als die Troika das letzte Mal vor dem Regierungswechsel in Griechenland war, zeigte sie sich noch „zufrieden“ – dass war sicherlich dem Wahlkampf gegen Syriza geschuldet, aber heute muss man sich schon fragen: zufrieden womit?

Damit, dass es in Griechenland wieder Malaria-Tote gibt? Oder zufrieden mit der Verdreifachung der Selbstmordrate, die jahrelang die niedrigste in Europa war?

Ist die Troika vielleicht zufrieden mit der Arbeitslosigkeitsquote von 27 Prozent? Oder mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 70,6 Prozent in der griechischen Region Mazedonien?

Ist die Troika zufrieden damit, dass weit mehr als 300.000 Griechen ihr Auto abgemeldet haben?

Oder dass Eltern ihre Kinder in SOS-Kinderdörfern abgeben, weil sie sie nicht mehr ernähren können?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das ist die aktuelle Situation in Griechenland, die tagtäglich zu Toten führt und von daher war es richtig von Syriza als erstes ein Gesetz mit Maßnahmen gegen die Armut zu beschließen. [...]

Aber Syriza schafft nicht alles sofort. Sie sind seit 58 Tagen im Amt, die letzte deutsche Bundesregierung hat 86 Tage gebraucht um eine Koalition zu vereinbaren, von daher ist das letzte, was sie von einer deutschen Regierung brauchen gute Ratschläge doch endlich ihre Hausaufgaben zu machen. Als Gewerkschafter können wir feststellen – sie sind auf dem richtigen Weg und wir sollten ihnen nun auch die notwendige Zeit geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

was auf keinen Fall passieren darf: Europa darf nicht auf der Fortsetzung einer Politik zu Lasten der Bevölkerung beharren, die von der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler unmissverständlich abgelehnt wird. Ein »Weiter so« darf es aus Sicht der Gewerkschaften nicht geben!

Die griechische Delegation am 1. Mai 2014 in Salzgitter

